

**GABRIELE WINKER**

**SOLIDARISCHE  
CARE  
ÖKONOMIE**

**REVOLUTIONÄRE REALPOLITIK  
FÜR CARE UND KLIMA**

**Aus:**

*Gabriele Winker*

## **Solidarische Care-Ökonomie**

### **Revolutionäre Realpolitik für Care und Klima**

März 2021, 216 S., kart.

15,00 € (DE), 978-3-8376-5463-9

E-Book:

PDF: 12,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-5463-3

Sorgearbeit ist ein lebensnotwendiges Fundament der Gesellschaft. Ohne die vielen Menschen, die sich tagtäglich um Kinder kümmern, unterstützungsbedürftige Angehörige pflegen oder Menschen in Not helfen, würde diese sofort zusammenbrechen. Gleichzeitig werden diejenigen, die diese Arbeit übernehmen, ebenso überbeansprucht wie die Ökosysteme und ihre Stoffkreisläufe, auf denen alles Leben beruht. Diese Probleme sind letztendlich in einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung nicht lösbar.

Daher müssen wir profitorientiertes Wirtschaften radikal einschränken zugunsten einer Care-Ökonomie, die sich an gelingenden Sorgebeziehungen und der Belastbarkeit der Ökosysteme orientiert. Das Konzept der Care Revolution eröffnet den Weg in eine Gesellschaft, die von Sorge und Solidarität statt von Konkurrenz und Ausgrenzung geprägt ist.

**Gabriele Winker** (Prof. Dr.) ist Sozialwissenschaftlerin und Mitbegründerin des Netzwerks Care Revolution. Sie war Professorin für Arbeitswissenschaft und Gender Studies an der Technischen Universität Hamburg.

Weiteren Informationen und Bestellung unter:  
[www.transcript-verlag.de/978-3-8376-5463-9](http://www.transcript-verlag.de/978-3-8376-5463-9)

# Inhalt

---

<b>1. Einleitung</b> .....	9
<b>2. Gefährdung von Sorgebeziehungen</b> .....	19
2.1 Inhalt und Umfang der Care-Arbeit .....	19
2.2 Familiär Sorgearbeitende ohne Zeit und Absicherung .....	22
2.3 Erwerbszentrierte Sozialpolitik unter Kostendruck .....	25
2.3.1 Familienpolitik als Wirtschaftsförderung .....	26
2.3.2 Kostenreduktion in der Pflegepolitik .....	31
2.3.3 Ökonomisierung in der Gesundheitspolitik .....	36
2.3.4 Fehlender Schutz vor Armut .....	40
2.4 Sorgearbeit unter dem Diktat neoliberaler Wirtschaftspolitik .....	43
<b>3. Lebensbedrohlicher Klimawandel</b> .....	47
3.1 Erderwärmung und die Folgen .....	48
3.2 Umfang der notwendigen Reduktion von Treibhausgas-Emissionen .....	51
3.3 Ungenügende Handlungsvorschläge aus Politik und Wirtschaft .....	54
3.3.1 Politik der Bundesregierung .....	54
3.3.2 Pläne der Europäischen Kommission .....	58
3.3.3 Kritik des Deutschen Industrie- und Handelskammertags .....	61
3.3.4 Notwendigkeit eines Pfadwechsels .....	63
3.4 Erforderliche Senkung der Treibhausgas-Emissionen .....	66
<b>4. Erschöpfung menschlicher und ökologischer Ressourcen</b> .....	69
4.1 Krise sozialer Reproduktion .....	69
4.1.1 Kostengünstige Reproduktion der Arbeitskraft .....	70

4.1.2	Kennzeichen der Krise sozialer Reproduktion .....	75
4.1.3	Unheilbare Widersprüche .....	78
4.2	Krise ökologischer Reproduktion .....	80
4.2.1	Kostensenkung durch Übernutzung der Ökosysteme .....	81
4.2.2	Kennzeichen der Krise ökologischer Reproduktion .....	83
4.2.3	Unheilbare Widersprüche .....	86
4.3	Kein Ausweg im Kapitalismus .....	91
<b>5.</b>	<b>Handlungsfähigkeit</b> .....	<b>97</b>
5.1	Anforderungen im Neoliberalismus .....	97
5.2	Handeln im Rahmen neoliberaler Vorgaben .....	101
5.2.1	Kompromisshandeln zwischen Familie und Beruf .....	101
5.2.2	Selbstoptimierung als Daueraufgabe .....	106
5.2.3	Erschöpfung und Depression als gesellschaftliche Phänomene ...	109
5.3	Individuelle Verweigerung und kollektives politisches Eingreifen .....	112
5.3.1	Individuelle Reduktion der Arbeitsbelastung .....	113
5.3.2	Gemeinsam organisierte Freiwilligenarbeit .....	115
5.3.3	Politisches Engagement und solidarisches Handeln .....	118
5.4	Konsequenzen für die politische Arbeit .....	122
5.5	Zwischen Kritik und Engagement .....	133
<b>6.</b>	<b>Care Revolution als Transformationsstrategie</b> .....	<b>137</b>
6.1	Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit .....	139
6.1.1	Lange Tradition der Erwerbsarbeitszeitverkürzung .....	139
6.1.2	Bedeutung einer verkürzten Erwerbsarbeitszeit .....	142
6.1.3	Aktuelle Auseinandersetzungen .....	146
6.2	Aufbau einer solidarischen Unterstützungsstruktur .....	149
6.2.1	Individuelle Absicherung: bedingungsloses Grundeinkommen .....	149
6.2.2	Kollektive Absicherung: an Bedürfnissen orientierte Infrastruktur .....	152
6.3	Entwicklung demokratischer Beteiligungsformen .....	158
6.3.1	Demokratische Gestaltung der Sorgearbeit .....	158
6.3.2	Vergesellschaftung von Betrieben und Einrichtungen .....	163
6.4	Unterstützung vielfältiger Lebensentwürfe .....	165

6.4.1 Commons als solidarische Organisationsform .....	165
6.4.2 Zukunftsweisende Leuchttürme .....	168
6.5 Skizze einer solidarischen Gesellschaft .....	173
<b>7. Ausblick .....</b>	<b>183</b>
<b>Literatur .....</b>	<b>193</b>



# 1. Einleitung

---

Dieses Buch ist während der Corona-Pandemie 2020 entstanden, in einer Zeit, in der Care-Arbeit zumindest vorübergehend mehr Aufmerksamkeit erhalten hat, als dies gewöhnlich der Fall ist. Insbesondere die Arbeit von Pflegekräften und Ärzt\*innen wurde damals gewürdigt.

Aber selbst in dieser zugespitzten Situation, in der von Seiten des Staates viel Geld in die Hand genommen wurde, um das Virus zu bekämpfen und negative Folgen für die Wirtschaft abzufedern, erfuhren familiär Sorgearbeitende kaum Unterstützung und gerieten häufig an den Rand des Machbaren. Viele Eltern mussten über Wochen und Monate individuell eine Ganztagesbetreuung ihrer Kinder realisieren und oft zusätzlich im Home-Office ihren beruflichen Aufgaben nachkommen. Insbesondere Frauen fiel gleichzeitig die Rolle einer Lehrerin, Hauswirtschafterin und Trösterin zu. Entsprechend fühlten sich gerade Alleinerziehende in Zeiten von Corona noch mehr alleine gelassen, als dies ohnehin schon der Fall ist. Dies galt auch für die pflegenden Angehörigen. So führten selbst während der Pandemie große Teile der Care-Arbeit weiterhin ein Schattendasein.

Damit wird ein zentrales Element menschlichen Lebens ignoriert. Denn alle Menschen führen in der einen oder anderen Form Sorgearbeit<sup>1</sup> aus: Sie kümmern sich um sich selbst, um ihre Gesundheit, um ihre Bildung, sie kochen für sich und andere, sie betreuen Kinder, beraten Freund\*innen, pflegen Angehörige oder unterstützen Menschen

---

1 Die Begriffe *Care-Arbeit* und *Sorgearbeit* werden im deutschsprachigen Raum synonym gebraucht.

in Not. Sorgearbeit wird alltäglich sowohl unentlohnt in Familien als auch in Care-Berufen, etwa durch Pflegekräfte, Sozialarbeiter\*innen oder Erzieher\*innen, geleistet und primär von Frauen ausgeführt. In Deutschland leisten Frauen in Familien und im Ehrenamt über 60 Prozent der unentlohten Sorgearbeit, im beruflichen Bereich sind in Gesundheit und Pflege, Bildung und Erziehung sowie Haushaltsdienstleistungen ca. 80 Prozent der Erwerbstätigen weiblich.

Die Care-Arbeit bildet ein lebensnotwendiges Fundament jeder Gesellschaft. Vom Augenblick der Geburt an können wir ohne die Sorge anderer nicht überleben. Und auch jenseits des Kinder- und Jugendalters und jenseits von Zeiten der Krankheit und Gebrechlichkeit sind Menschen alltäglich auf andere angewiesen. Ohne die vielen, die tagtäglich Kinder betreuen, unterstützungsbedürftige Angehörige pflegen oder in Not Geratenen helfen, würde das gesellschaftliche Leben sofort zusammenbrechen. Schon morgen würden die ersten Menschen sterben, Kinder weinend nach Essen suchen und hilfsbedürftige Erwachsene verzweifelt in einer Ecke sitzen.

Doch obwohl knapp zwei Drittel aller Arbeitsstunden in Deutschland entlohnte und unentlohnte Care-Arbeit sind, werden Umfang und Bedeutung dieser Care-Bereiche massiv unterschätzt und in Wirtschaft und Politik ignoriert und abgewertet. Entsprechend ist die öffentliche Resonanz recht gering, wenn Care-Beschäftigte auf schlechte Arbeitsbedingungen verweisen, insbesondere auf den weit verbreiteten Personalnotstand in Pflegeheimen, ambulanten Diensten, Krankenhäusern, Kitas oder Schulen. Auch gibt es kaum öffentliche Debatten über die Arbeitsbelastung von Menschen mit umfangreichen familiären Sorgearbeiten. Obwohl viele ihre Überforderung und Erschöpfung tagtäglich spüren, bleiben diese Probleme in den eigenen Wänden. So ist es nicht verwunderlich, dass auch die Sorgearbeitenden selbst ihre Überforderung primär als individuelles und nicht als gesellschaftliches Versagen begreifen. Die Gründe für die übermäßigen Belastungen sind jedoch systembedingt, denn zur Begrenzung der Kosten wird die Unterstützung für die lebensnotwendige Sorgearbeit für sich selbst, für andere in Familien oder in Care-Berufen viel zu gering gehalten.



Um dies zu verändern, hat sich im Frühjahr 2014 das Netzwerk Care Revolution<sup>2</sup> gegründet, ein Zusammenschluss von Initiativen, Organisationen und Einzelpersonen primär aus Deutschland, aber auch aus der Schweiz und Österreich. Unser Ziel ist es, die Arbeits- und damit auch die Lebensbedingungen von Sorgearbeitenden in Familien ebenso zu verbessern wie die von Care-Beschäftigten. Es geht uns darum, deutlich mehr Zeit und finanzielle Ressourcen für Sorgearbeit zu erreichen, so dass neue Räume für gelingende Sorgebeziehungen entstehen. Dies geht nur dann, wenn Care-Arbeit und damit die Sorge für sich und für andere einen zentralen Platz in der Gesellschaft erhalten.

Doch damit sich Menschen gut umeinander kümmern können, ist es nicht ausreichend, die Arbeitsbedingungen für Care-Beschäftigte und familiär Sorgearbeitende zu verbessern. Wir sind Teil der Natur und auf hinreichend intakte Ökosysteme angewiesen. Deswegen ist es wichtig, sämtliche Wirtschaftsprozesse ökologisch nachhaltig zu gestalten. Entsprechend arbeitet das Netzwerk Care Revolution auch mit wachstumskritischen Gruppen zusammen, insbesondere mit dem Konzeptwerk Neue Ökonomie in Leipzig.

Im Unterschied zur Zerstörung sozialer Beziehungen durch die übermäßige Belastung von Menschen wird die Zerstörung der Ökosysteme, insbesondere die Klimakatastrophe, seit Jahrzehnten auf der internationalen Bühne diskutiert. Schon auf der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro wurde das Ziel benannt, die Treibhausgas-Konzentration in der Atmosphäre zu stabilisieren. Im November 2016 trat mit dem Pariser Klimaschutzabkommen sogar eine völkerrechtliche Vereinbarung in Kraft. Mit ihr soll die Erderwärmung bis zum Ende des Jahrhunderts auf 1,5 Grad Celsius gegenüber der vorindustriellen Zeit begrenzt werden.

Dennoch sind die weltweiten Treibhausgas-Emissionen in den letzten Jahrzehnten weiter angestiegen. Wenn sich die Erderwärmung ungehindert fortsetzt, werden Menschen aufgrund von Hitze, Dürreperioden, Stürmen und Überschwemmungen in die Regionen der Erde flie-

---

2 <https://www.care-revolution.org>

hen, in denen die Lebensbedingungen noch erträglich bleiben. Im globalen Norden wird es vor hochgerüsteten Grenzen zu heute kaum vorstellbaren Auseinandersetzungen und menschlichen Tragödien kommen. Auch deshalb müssen die Treibhausgas-Emissionen ohne Zeitverzug drastisch reduziert werden. Dies lässt sich allerdings ohne eine Einschränkung der Produktion vieler Güter und Dienstleistungen nicht realisieren.

Das Problem: Der Zweck des beinahe weltweit herrschenden kapitalistischen Systems besteht in der Kapitalverwertung und für diese ist ein permanentes Wirtschaftswachstum notwendig. Deshalb lassen sich in diesem Rahmen trotz des Ausbaus erneuerbarer Energien und trotz steigender Energieeffizienz die Treibhausgas-Emissionen nicht im erforderlichen Maß reduzieren. Denn diese Erfolge werden durch das Wirtschaftswachstum immer wieder zunichte gemacht. Zudem benötigt die kapitalistische Gesellschaftsordnung für dieses Wachstum immer mehr Arbeitskräfte, die möglichst umfassend zur Verfügung stehen sollen. In der Folge kommen viele andere Lebensbereiche zu kurz. Es fehlt an Zeit für die familiäre und nachbarschaftliche Sorge für Kinder und unterstützungsbedürftige Erwachsene ebenso wie für die Selbstsorge, das ehrenamtliche Engagement oder die politische Arbeit.

Die bestehende Gesellschaftsordnung hat also nicht das Potenzial, der Zerstörung der Ökosysteme effektiv entgegenzutreten. Unternehmen und politisch Verantwortliche werden weiterhin Sorgebedürfnisse missachten und soziale Beziehungen gefährden. So werden sich die übermäßige Belastung Sorgearbeitender und die Zerstörung der ökologischen Lebensgrundlagen fortsetzen, solange wir uns in einer kapitalistischen Gesellschaft befinden.

Diese Analyse macht zunächst hilflos. Wir stehen vor der riesigen Aufgabe, profitorientiertes Wirtschaften zunächst einzuschränken und letztlich zu überwinden, um tatsächlich solidarisch und mit Rücksicht auf die planetaren Grenzen leben zu können. Zudem sind diese grundlegenden Veränderungen innerhalb kurzer Zeit notwendig, um den Kollaps der Ökosysteme zu verhindern.

Helfen kann hier nur die Bereitschaft, sich konsequent den zerstörerischen Entwicklungen entgegenzustellen. An einem solchen Engagement mangelt es noch, auch wenn nicht wenige bereits versuchen, ihre eigene Lebensweise zu verändern und ökologisch nachhaltiger zu leben. Viele unterstützen sich gegenseitig in ihrem alltäglichen Leben; sehen aber häufig kaum einen Weg, grundlegende Änderungen herbeizuführen.

Dennoch setzen sich zahlreiche Menschen für Bedingungen ein, unter denen für alle ein gutes Leben realisierbar ist. Das ist insbesondere in sozialen Bewegungen der Fall, die in den letzten Jahren auf einigen wichtigen Feldern an Kraft gewonnen haben. So gibt es seit 2014 Arbeitskämpfe im Krankenhausbereich, in denen sich die Gewerkschaft ver.di für bessere Arbeitsbedingungen stark macht und versucht, Tarifverträge für eine Mindestbesetzung auf den Pflegestationen flächendeckend durchzusetzen. Dies kommt gleichzeitig Patient\*innen zugute. In mehreren bundesdeutschen Städten gibt es Unterstützungsbündnisse von Einwohner\*innen, die mit den Beschäftigten zusammen für mehr Personal in Krankenhäusern eintreten.

Zugleich engagieren sich viele gegen die Klimakatastrophe. 2019 war vor allem das Jahr von Fridays for Future, im Kern eine Jugendbewegung. Sie haben mit ihren weltweiten Schulstreiks und großen Demonstrationen innerhalb kürzester Zeit Parteien und Organisationen dazu gebracht, sich mit dem Klimawandel auseinanderzusetzen. Auch darf nicht unterschätzt werden, dass über diese Proteste Menschen dazu ermutigt werden, ihren Konsum und ihre Lebensweise zu überdenken.

Um mehr politische Durchsetzungskraft zu entwickeln, fehlt derzeit jedoch ein zumindest punktuell gemeinsames Vorgehen der Klimabewegung und der auf soziale Themen bezogenen Bewegungen. Gleichzeitig fehlt eine gemeinsame Zielsetzung, die die Forderung nach einem System Change auf den Plakaten vieler Klimademonstrant\*innen aufnimmt. Schließlich stellt diese grundlegende Umgestaltung eine Aufgabe dar, die sich auf die gesamte Gesellschaft, also auf die Inhalte aller sozialen Bewegungen, bezieht.

Der Übergang in eine andere Gesellschaft ist, zumindest im globalen Norden, wohl nicht als einmaliger Umbruch, sondern als Abfolge vieler, jeweils massiv umkämpfter Schritte zu verstehen. Mit den ersten Erfolgen in Auseinandersetzungen um angemessenere Rahmenbedingungen für Sorgearbeit verbessern Menschen nicht nur ihre Lebensbedingungen, sondern gewinnen auch Zeit für politisches Engagement. Gleichzeitig erhöht jede Verlangsamung der Erderwärmung die Chance, auch in Zukunft noch lebenswerte Alternativen zu entwickeln. Aus zunächst kleinen Fortschritten eröffnen sich neue Möglichkeiten, um Profitmaximierung, permanente Konkurrenz und Wachstum ohne Ende einzuschränken. Dies wird allerdings massive Gegenwehr derer hervorrufen, die vom bisherigen System profitieren. Es gilt also, nicht bei Reformen stehenzubleiben, sondern den erforderlichen Systemwechsel ernst zu nehmen und mit Konsequenz und vor allem Ausdauer dafür zu kämpfen. Letztendlich geht es darum, den Kapitalismus mit vereinten Kräften zu überwinden. Das ist Aufgabe einer revolutionären Realpolitik, wie Rosa Luxemburg (1903/1970: 373) dies nannte.

So weit zu dem, was mich zum Schreiben dieses Buches motiviert hat. In der Folge möchte ich den Argumentationsgang vorstellen. Für dessen Verständnis halte ich jedoch zwei Vorbemerkungen für wichtig: Erstens beziehe ich mich auf die politischen und ökonomischen Regulierungen sowie Entwicklungen in Deutschland. In anderen hoch industrialisierten Ländern lassen sich ähnliche Konstellationen finden. Allerdings können sich sozioökonomische Strukturen, Regulierungen und auch Kräfteverhältnisse von Land zu Land deutlich unterscheiden. Zweitens thematisiere ich die derzeitigen sozialen und ökologischen Probleme in den Kapiteln 2 und 3 zunächst getrennt, um sie dann im Verlauf der Argumentation in Kapitel 4 und 6 aufeinander zu beziehen.

In Kapitel 2 zeige ich, warum Menschen mit umfangreichen Sorgearbeiten häufig überlastet sind, dies aber kein individuelles Problem darstellt, sondern gesellschaftliche Ursachen hat. Dazu erläutere ich, wie sich im neoliberalen Kapitalismus die Arbeitsanforderungen deutlich verschärft haben. Auch verweise ich auf eine Familien-, Pflege-, Gesundheits- und Sozialpolitik, die nicht primär Sorgearbeitende unterstützt, sondern vielmehr Teil einer Wirtschaftspolitik ist, die kosten-

günstig möglichst viele Arbeitskräfte möglichst umfassend verfügbar machen soll.

In Kapitel 3 skizziere ich anhand des Klimawandels die ökologische Situation, die sich inzwischen so dramatisch zugespitzt hat, dass ohne ein zügiges politisches Eingreifen die Lebensgrundlagen der jüngeren und zukünftigen Generationen zerstört werden. Während ich im Bereich der Care-Arbeit über viele Jahre auch eigene Forschung betrieben habe, basiert die Argumentation bei der naturwissenschaftlichen Dimension der ökologischen Zerstörung auf der Auseinandersetzung mit Forschungsergebnissen von Klimawissenschaftler\*innen.

In Kapitel 4 erläutere ich, wie diese Entwicklungen sowohl zu einer Krise sozialer Reproduktion als auch zu einer Krise ökologischer Reproduktion führen. Hier möchte ich nicht nur verdeutlichen, dass die Zerstörung sozialer Beziehungen und die Zerstörung ökologischer Ressourcen eine gemeinsame Ursache im kapitalistischen System haben, sondern auch, dass diese Gesellschaftsordnung nicht in der Lage ist, die von ihr verursachten Probleme zu lösen.

Die bestehenden gesellschaftlichen Strukturen erschweren es zugleich, sich für eine Politik einzusetzen, die soziale Beziehungen umfassend unterstützt und die bedrohliche Erderwärmung stoppt. Denn die wenigsten können sich vorstellen, wie sich auch nur kleine Reformen für ein gutes Leben durchsetzen lassen, geschweige denn, dass ein solidarisches Zusammenleben jenseits des Kapitalismus möglich ist. Und dennoch versuchen viele Menschen in ihrem Alltagshandeln, ihre eigene Lebenssituation und die anderer zu verbessern. In Kapitel 5 erörtere ich deswegen zunächst, wie Menschen sich bemühen, den beruflichen und familiären Anforderungen gerecht zu werden, ihr Leben umfassend zu optimieren versuchen und dabei häufig leiden und scheitern. Gleichzeitig beginnen viele individuell, die eigene Arbeitsbelastung zu reduzieren; sie suchen in der Freiwilligenarbeit sinnvolle Betätigungsfelder oder leisten kollektiven Widerstand durch politische Interventionen. Anschließend stelle ich Überlegungen dar, wie diese Handlungsbereitschaft, ohne die keine weitergehende Veränderung denkbar ist, gestärkt und politisiert werden kann.

In Kapitel 6 lege ich die Transformationsstrategie der Care Revolution dar, die auf einen grundlegenden Perspektivenwechsel abzielt, der von menschlichen Bedürfnissen ausgeht und die Grenzen nicht-menschlicher Ressourcen respektiert. Dafür entwickle ich vier Ansatzpunkte, wie sich zunächst noch in der kapitalistischen Gesellschaft eine solidarische Care-Ökonomie aufbauen lässt: Erstens ist eine drastische Verkürzung der allgemeinen Erwerbsarbeitszeit erforderlich. Gleichzeitig gilt es zweitens, eine solidarische Unterstützungsstruktur aufzubauen, die es auch Menschen mit umfangreichen Sorgeaufgaben oder mit hohem Sorgebedarf ermöglicht, ein gutes Leben zu führen. Dafür sind wiederum drittens demokratische Strukturen vor Ort notwendig, so dass auch die Bedürfnisse tatsächlich aller wahrgenommen werden können. Und viertens zeigen von unten aufgebaute Gemeinschaftsprojekte heute bereits, wie ein anderes Leben möglich ist. Der Aufbau einer solidarischen Care-Ökonomie bedeutet also einen grundlegenden Wandel, der nicht nur die Veränderung ökonomischer Strukturen umfasst, sondern gleichzeitig die Veränderung der gesamten Lebensweise unterstützt.

Diese Entwicklungen schaffen die Voraussetzung, Unternehmen und Einrichtungen eines Tages vollständig zu vergesellschaften sowie Geld und Tausch abzuschaffen. Auf diesem Weg lande ich am Ende dieses Kapitels – bisher leider nur gedanklich – in einer solidarischen Gesellschaft, in der die Sphärentrennung zwischen entlohnter und nicht entlohnter Arbeit aufgehoben ist. In einer solchen solidarischen Gesellschaft haben alle Menschen freien Zugang zu dem, was in arbeitsteiliger Praxis geschaffen wird, und alle tragen in einem selbstgewählten Umfang zur notwendigen Arbeit bei. Das bedeutet, dass sie selbst über ihren Beitrag entscheiden. Alle können somit ihre Bedürfnisse befriedigen – umfassend, ohne jemanden auszuschließen und nicht auf dem Rücken anderer, bei gleichzeitiger Respektierung des Lebensraums nicht-menschlicher Lebewesen.

In Kapitel 7 halte ich zusammenfassend fest, dass sich mit der Transformationsstrategie der Care Revolution letztendlich eine Gesellschaft erreichen lässt, in der Menschen in erfüllenden sozialen Beziehungen und mit Rücksicht auf die ökologischen Kreisläufe leben

können. Allerdings benötigt es dazu den Mut, den Wunsch nach einem guten Leben für sich, aber auch für die nachfolgenden Generationen ernsthaft und konsequent zu verfolgen. Diese Auseinandersetzung zu führen bedeutet zugleich, die eigene Würde zu behaupten.

Dieses Buch entstand auf der Basis von vielfältigen Diskussionen um die Strategie der Care Revolution in politischen Gruppen, bei Vorträgen oder an Ständen im öffentlichen Raum. Dabei habe ich viel gelernt; dies findet auch in den hier dargelegten, im Vergleich zu meinem Buch *Care Revolution* (2015) zugespitzten Positionen seinen Niederschlag. Besonders inspirierend sind für mich die Debatten im Netzwerk Care Revolution. Dort kommen Aktivist\*innen zusammen, die unter den derzeitigen gesellschaftlichen Entwicklungen ebenso leiden wie ich und dennoch nicht aufgeben, sondern immer wieder nach Ansatzpunkten für breite Bündnisse suchen. Mein Dank gilt also den vielen Mitdiskutant\*innen, die ihre auch kritischen Einschätzungen mit mir teilten. Unterstützt wurde ich darüber hinaus von einzelnen Personen, die mir zu einer ersten vorliegenden Fassung hilfreiche Veränderungsvorschläge unterbreitet haben. Dafür danke ich insbesondere Tanja Carstensen, Wibke Derboven, Jette Hausotter, Michel Raab und Susanne Schlatter.

Dieses Buch wäre allerdings nie geschrieben worden ohne meinen Freund und Lektor Matthias Neumann. Er hat die Idee von Anfang an unterstützt, war davon überzeugt, dass dieses Buch politisch hilfreich sein kann, hat mir immer wieder Mut gemacht, wenn mir die Zuversicht abhandenkam, und hat sich an schwierigen Stellen mit guten Ideen eingebracht. Dafür bin ich ihm sehr dankbar.





## 2. Gefährdung von Sorgebeziehungen

---

In diesem Kapitel möchte ich die gesellschaftlichen Ursachen der übermäßigen Belastung von Menschen mit umfangreichen Sorgearbeiten benennen. Hierfür erläutere ich zunächst, welche hohe gesellschaftliche Bedeutung der Care-Arbeit zukommt (2.1). Danach verdeutliche ich, wie sich im neoliberalen Kapitalismus die Arbeitsanforderungen deutlich verschärft haben, so dass viele die hohe Arbeitsbelastung in Familie und Beruf kaum stemmen können (2.2). In einem dritten Schritt gehe ich auf die erwerbszentrierte Sozialpolitik ein, die nicht primär Sorgearbeitende unterstützt, sondern als Wirtschaftspolitik konzipiert ist, Kosteneinsparungen und Prozesse der Ökonomisierung vorantreibt und dabei Armut in Kauf nimmt. Hier beleuchte ich auch die hohen Arbeitsanforderungen an Care-Beschäftigte (2.3). Im vierten Abschnitt fasse ich die ungenügenden Rahmenbedingungen, unter denen sowohl unentlohnt als auch entlohnt Sorgearbeitende leiden, kurz zusammen (2.4).

### 2.1 Inhalt und Umfang der Care-Arbeit

Care-Arbeit gibt es als analytisch bedeutsamen Begriff noch nicht lange. 1990 wiesen die US-amerikanischen Wissenschaftlerinnen Berenice Fisher und Joan Tronto unter dem Begriff *caring activity* darauf hin, dass Care-Arbeit in unterschiedlichen Kontexten stattfindet. Sie wird sowohl

unentlohnt in Familien<sup>1</sup> als auch von Care-Beschäftigten geleistet (Fisher/Tronto 1990: 46ff.). So entstand ein Begriff, der ähnliche Tätigkeiten in zwei in der ökonomischen Theorie bisher deutlich getrennten Bereichen zusammenführt. Heute werden also unter dem Begriff *Care-Arbeit*, oder im deutschsprachigen Raum synonym *Sorgearbeit*, die Gesamtheit der familiären und ehrenamtlichen Sorgearbeit für andere, die Sorgearbeit für sich selbst sowie die entlohnten Erziehungs-, Bildungs-, Gesundheits-, Pflege- und Haushaltstätigkeiten in Institutionen wie Krankenhäusern, Seniorenheimen oder Kitas sowie in Privathaushalten gefasst. Ziele der Sorgearbeit sind grundsätzlich die Entwicklung und Erhaltung von körperlichen, emotionalen und intellektuellen Fähigkeiten.

Zu den arbeitsinhaltlichen Besonderheiten der Care-Arbeit lässt sich sagen: Es gibt bei diesen Tätigkeiten einen starken Personenbezug; die Arbeit ist also beziehungsorientiert und kommunikationsintensiv. Häufig findet Sorgearbeit in asymmetrischen Beziehungen statt, in denen dennoch die Bedürfnisse aller Beteiligten befriedigt werden können. Auch ist Care-Arbeit ohne Qualitätsverlust kaum rationalisierbar. Dies benannte der US-amerikanische Ökonom William Jack Baumol (1967) bereits in den 1960er Jahren in Bezug auf Dienstleistungsarbeit allgemein. Baumol wählte das Beispiel eines Hornquintetts, um zu verdeutlichen, dass ein Musikstück an Qualität verliert, wenn es schneller oder nur mit vier statt fünf Musizierenden gespielt wird. Ferner lässt sich in Erweiterung von Karl Marx feststellen, dass die Care-Arbeit für die Reproduktion der Arbeitskraft notwendig ist. Dies bedeutet in der kapitalistischen Gesellschaftsformation zugleich, dass sie möglichst kostengünstig ausgeführt werden soll (vgl. dazu ausführlich Abschnitt 4.1).

---

1 Die Familie umfasst im statistischen Sinn alle Eltern-Kind-Gemeinschaften, also Ehepaare und nicht eheliche gleich- und gemischtgeschlechtliche Lebensgemeinschaften sowie Alleinerziehende mit ledigen Kindern im Haushalt. Häufig wird jedoch Familie breiter gefasst – und dieser Definition schließe ich mich an – als »ein Ort, an dem Menschen unterschiedlicher Generationen Verantwortung füreinander übernehmen« (Meier-Gräwe 2020: 35).

Lange war unbekannt, welchen Umfang Care-Arbeit in unserer Gesellschaft einnimmt, vor allem deswegen, weil es keine statistischen Daten zur unentlohnten Sorgearbeit in privaten Haushalten gab. Dank frauenpolitischem Engagement gibt es seit den ersten empirischen Daten für 1991/92 ca. alle zehn Jahre eine repräsentative Zeitverwendungsstudie des Statistischen Bundesamts. Nach den Daten der letzten Zeitverwendungsstudie lag im Zeitraum 2012/13 der Anteil der unentlohn-ten Sorgearbeit bei Frauen mit 66 Prozent an den Gesamtarbeitsstunden deutlich höher als der Anteil der Erwerbsarbeit mit 34 Prozent. Bei Männern war dies mit 45 Prozent unentlohnter Sorgearbeit und 55 Prozent Erwerbsarbeit umgekehrt. Entsprechend leisteten Frauen 60 Prozent der unentlohn-ten Sorgearbeit.<sup>2</sup> Dabei wird unter der von der Zeitverwendungsstudie aufgeführten unentlohn-ten Sorgearbeit der Umfang der Hausarbeit, der Arbeit für und mit Kindern, der Pflegearbeit sowie der ehrenamtlichen Arbeit erfasst.

Seit nun die unentlohnt ausgeführten Sorgearbeitsstunden bekannt sind, lässt sich auch der Anteil der gesamten entlohn-ten und unentlohn-ten Sorgearbeit an der Gesamtarbeit errechnen; allerdings liegen eben nur alle zehn Jahre aktuelle Daten vor. Für den Zeitraum 2012/13 entfielen 56 Prozent aller Arbeitsstunden auf die unentlohnte Sorgearbeit, nur 44 Prozent auf die Erwerbsarbeit.<sup>3</sup> Damit ist bereits der Umfang der unentlohn-ten Sorgearbeit deutlich größer als der Umfang der gesamten Erwerbsarbeit.

Innerhalb der Erwerbsarbeit entfielen in dem genannten Zeitraum 18 Prozent der Erwerbsarbeitsstunden auf die Care-Bereiche Gesundheit und Sozialwesen, Erziehung und Unterricht sowie Häusliche Dienste.<sup>4</sup> Letztere werden allerdings nur in geringem Maß erfasst, da sie meist irregulär abgewickelt werden. Bezogen auf den Gesamtumfang der Arbeit lag der Anteil der Erwerbsarbeitsstunden in den

---

2 Statistisches Bundesamt (2015: 11ff.) und eigene Berechnungen

3 Statistisches Bundesamt (2015: 11ff.) und eigene Berechnungen

4 Statistisches Bundesamt (2019a: 362) und eigene Berechnungen. Dabei wurde der Mittelwert der Arbeitsstunden der Erwerbstätigen von 2010 und 2015 verwendet.

aufgeführten Care-Bereichen bei 8 Prozent. So lässt sich zeigen, dass 2012/13 knapp zwei Drittel (56 % unentlohnt und 8 % entlohnt) aller in Deutschland anfallenden Arbeitsstunden Care-Tätigkeiten waren.<sup>5</sup> Dieser Prozentsatz wird in Zukunft weiter zunehmen, da es zwar möglich ist, mit immer geringerem Arbeitseinsatz Konsumgüter zu produzieren, nicht aber, Menschen zu beraten, zu heilen oder zu versorgen, ohne dass dies zu großen Qualitätsverlusten führt.

## 2.2 Familiär Sorgearbeitende ohne Zeit und Absicherung

Um zu verstehen, warum Menschen mit umfangreichen familiären Sorgearbeiten heute unter besonders hohem Zeitstress stehen, ist es sinnvoll zu betrachten, wie sich die Verteilung der beruflichen und familiären Arbeit auf die Familienmitglieder verändert hat. In vielen kapitalistischen Industriestaaten war bis in die 1970er Jahre hinein das sogenannte Ernährermodell hegemonial. Es beinhaltet, dass in Familien grundsätzlich eine Person, meist der Mann, erwerbstätig ist, während eine andere Person, meist die Frau, die gesamte familiäre Sorgearbeit leistet. Sie kümmert sich nicht nur umfassend um die Erziehung der Kinder, die gesamte Haushaltsführung und das leibliche, seelische und sexuelle Wohl des Ehemanns, sondern pflegt auch ihre unterstützungsbedürftigen Eltern und versorgt zudem die Schwiegereltern sowie alleinstehende Tanten oder kranke Nachbar\*innen.

Das Ernährermodell beruht auf einer grundlegend geschlechterhierarchischen Arbeitsteilung, die durch die Zuweisung von polarisierten Geschlechtercharakteren (Hausen 1976) legitimiert und stabilisiert wird. Die vielfältigen Tätigkeiten in der Familie werden Frauen zugeordnet, als »Liebesdienst« der weiblichen Natur« (Bock/Duden 1977: 186) gerahmt und in keiner Weise honoriert. Damit wird das Tätigsein von Frauen nicht als Arbeit gewertet und auch die Bedeutsamkeit sorgender Beziehungen sowie die Verwiesenheit von Menschen aufeinander bleiben unsichtbar. Gleichzeitig wird dem Mann, der in der

---

5 Statistisches Bundesamt (2015: 11ff., 2019a: 362) und eigene Berechnungen

Erwerbsarbeit tätig ist, als sogenanntem Ernährer eine übergeordnete Position zugewiesen.

Dieses Modell setzt einen Familienernährerlohn voraus, mit dem sich der Lebensunterhalt einer weiteren erwachsenen Person und von Kindern finanzieren lässt. Dieses Lohnniveau war in Westdeutschland bis in die Facharbeiterschaft hinein verbreitet. Auch wenn der Lohnarbeitende starb oder krank oder erwerbslos wurde, war die Familie über die Sozialversicherung am Lebensstandard orientiert einigermaßen abgesichert. In der modernisierten Variante, in der Frauen zuverdienten, wie es damals genannt wurde, war das Modell in Westdeutschland auch noch in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts bedeutsam. Spätestens aber mit der Jahrhundertwende wurde es im Rahmen einer grundlegend anderen Ausrichtung der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik durch ein anderes, das neoliberale Konzept ersetzt. Dafür gibt es mehrere Gründe.

Zunächst waren es bereits seit den 1970er Jahren Feminist\*innen, die gegen dieses Ernährermodell Sturm liefen. Die Frauenbewegung hätte allerdings alleine wohl nicht die Kraft gehabt, das in Westdeutschland tief verankerte Bild der Mutter, die sich zu Hause liebevoll um die Kinder kümmert, aufzubrechen. Unterstützung bekam sie von Vertreter\*innen aus Unternehmensverbänden und Politik, die den Ausbau der Erwerbstätigkeit von Frauen begrüßten. Denn das alte fordistische Modell mit dem aus heutiger Sicht hohen Familienernährerlohn und den hohen Sozialversicherungsleistungen wurde für die Kapitaleseite zu teuer, zumal in Zeiten von globalen Konkurrenzkämpfen auf liberalisierten Märkten. Das neue Credo lautet jetzt, im neoliberalen Kapitalismus, dass jede erwerbsfähige Person – unabhängig von der Anzahl der zu versorgenden Kinder oder zu betreuenden Angehörigen – für das eigene Einkommen verantwortlich ist.

Inzwischen hat sich dieses neoliberale Konzept etabliert. Die Erwerbstätigenquote<sup>6</sup> von Frauen steigt immer weiter an, von 57,0 Prozent im Jahr 1991 auf 72,8 Prozent im Jahr 2019; die entsprechende Er-

---

6 Darunter wird hier der Anteil der Erwerbstätigen an der gleichaltrigen Bevölkerung verstanden.

werbstätigenquote von Männern lag 2019 bei 80,5 Prozent.<sup>7</sup> Während die Erwerbstätigenquote der Väter unabhängig vom Alter der Kinder 2017 bei über 80 Prozent lag, hängt die Erwerbstätigenquote der Mütter sehr stark vom Alter des jüngsten Kindes ab. So war 2017 knapp ein Drittel der Mütter (32,3 %) mit Kindern unter drei Jahren erwerbstätig; gleichzeitig gingen deutlich mehr als zwei Drittel der Mütter mit Kindern im Grundschulalter (69,9 %) und drei Viertel der Mütter mit jugendlichen Kindern zwischen 15 und 17 Jahren (75,2 %) einer Berufstätigkeit nach (Hobler et al. 2018a).

Allerdings sind Mütter von minderjährigen Kindern primär in Teilzeit tätig. War 2017 bei der Betrachtung aller erwerbstätigen Frauen beinahe jede zweite Frau (48,1 %) in Teilzeit beschäftigt, lag bei den erwerbstätigen Müttern mit minderjährigen Kindern die Teilzeitquote bei 68,5 Prozent. Das bedeutet, dass Frauen nach der Kleinkindphase, in der sie häufig zuhause bleiben, durchaus schnell wieder erwerbstätig werden, allerdings überproportional häufig in Teilzeit. Völlig anders sieht es bei den Männern aus. Deren allgemeine Teilzeitquote lag 2017 bei gerade einmal 8,7 Prozent; die Teilzeitquote der Väter mit minderjährigen Kindern lag sogar noch darunter bei 5,9 Prozent (Hobler et al. 2018b), was vermutlich mit dem Zwang zur finanziellen Absicherung einer Familie zusammenhängt.

Gleichzeitig sanken die Reallöhne in der ersten Dekade des neuen Jahrhunderts, von 2000 bis 2009, deutlich (Haipeter 2017). Viele Familien stehen mittlerweile vor der schwierigen Situation, dass beide Elternteile zwei Erwerbsarbeitsverhältnisse, möglichst Vollzeitjobs, ausführen müssten, um sich bis in den Ruhestand hinein finanziell absichern zu können; gleichzeitig sind sie aber auch für die unentlohnte Sorgearbeit zuhause verantwortlich. Völlig unrealistisch wird das neoliberale Konzept bei Alleinerziehenden.

Zugleich haben die Anforderungen in beiden Arbeitsbereichen zugenommen: Auf der einen Seite gibt es flexibilisierte Erwerbsarbeits-

---

7 <https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Arbeitsmarkt/Erwerbstaetigkeit/Tabelle/erwerbstaetigenquoten-gebietsstand-geschlecht-altergruppe-mikrozensus.html>

zeiten mit einer Erreichbarkeit durch das Unternehmen bis in den Feierabend und Urlaub hinein, auf der anderen Seite steigen die Anforderungen an die Kindererziehung. Immer wichtiger werden etwa die gesunde Ernährung von Kindern oder die Betreuung der Hausaufgaben. Wie Wibke Derboven (2019: 53ff.) in einer empirischen Studie zeigen kann, verfolgen Eltern in der Kindererziehung zwei sich häufig widersprechende Ziele: Sie setzen zunächst alles daran, dass ihre Kinder später im Leben gut zurechtkommen. Da allerdings eine erfolgreiche berufliche Zukunft im Ungewissen liegt, ist die Sorgearbeit diesbezüglich nie abgeschlossen. Gleichzeitig wollen Eltern ihren Kindern aber auch eine glückliche Kindheit ermöglichen. Der sich daraus ergebende Zielkonflikt zwischen der Durchsetzung von Erziehungszielen, damit Kinder unter anderem in der Schule Erfolg haben, und dem Eingehen auf die Wünsche der Kinder betrachtet Derboven als der heutigen familiären Sorgearbeit immanent. Mit ihm umzugehen, erfordert viel Zeit und Energie.

Sorgearbeitende stehen somit vor dem beinahe unlösbaren Problem, dass ein großes Ausmaß von Sorgearbeit, insbesondere bei der Betreuung von Kindern und der Unterstützung von pflegebedürftigen Angehörigen, und die geforderte jahrzehntelange Vollzeitberufstätigkeit zur finanziellen Absicherung des eigenen Lebens sich gegenseitig ausschließen. Das wirft bei vielen die Frage auf, warum die eigene Erwerbsarbeit einen so großen Raum einnehmen muss, wenn dadurch die Zeit für das Beisammensein mit nahen Menschen verloren geht.

Politik und Wirtschaft scheinen sich jedoch für diese Problematik nicht zuständig zu fühlen. Dies ist möglich, weil für das Private, für die Arbeit in Familien, nur die jeweils Einzelnen als verantwortlich gelten, nicht aber die Gesellschaft.

### **2.3 Erwerbszentrierte Sozialpolitik unter Kostendruck**

Damit Sorgebeziehungen unter den gesellschaftlichen Bedingungen des Neoliberalismus besser gelingen können, wäre ein Rahmen notwendig, der Menschen mit Sorgeaufgaben und mit Sorgebedarf gemäß

ihren individuellen Bedürfnissen unterstützt. Doch anstatt dies zu gewährleisten, zielt die Familienpolitik primär darauf ab, die Erwerbsbeteiligung von Frauen zu erhöhen (2.3.1), wird in der Altenpflege auf Kosten der Unterstützungsbedürftigen gespart (2.3.2), stehen im Gesundheitsbereich neben der Kostensenkung die Verwertungsinteressen von Klinikbetreibern im Vordergrund (2.3.3) und wird die Armut von Sorgearbeitenden sowie Kindern und Pflegebedürftigen in Kauf genommen (2.3.4). In allen Abschnitten verweise ich darauf, welche Auswirkungen dieses staatliche Handeln auf Menschen mit umfangreichen Sorgeaufgaben sowie auf Care-Beschäftigte hat.

### 2.3.1 Familienpolitik als Wirtschaftsförderung

Für Sorgearbeitende, die Vollzeitberufstätigkeit und umfangreiche Aufgaben in der Kindererziehung nicht gleichzeitig realisieren können, ist die 2008 in Kraft getretene Unterhaltsreform fatal. Seither haben nach einer Scheidung diejenigen Elternteile, meist Mütter, die hauptverantwortlich für die Kinderbetreuung sind, keinen Anspruch mehr darauf, dass ihr Unterhalt zumindest teilweise von den Ex-Partner\*innen bezahlt wird, sobald das jüngste Kind über sechs Jahre alt ist. Dabei wird unterstellt, dass sie trotz der Betreuung der Kinder in einem Umfang erwerbstätig sein können, der ihren Lebensunterhalt deckt. Auch wenn das jüngste Kind zwischen drei und sechs Jahren alt ist, wird erwartet, dass der Elternteil, der überwiegend die Sorgearbeit leistet, zumindest in Teilzeit erwerbstätig ist und damit große Teile des eigenen Unterhalts selbst erwirtschaftet. Dahinter steht das Ziel, die Erwerbsarbeitszeiten von Menschen mit umfangreichen Sorgeaufgaben zu erhöhen. Da diese Arbeitsmenge allerdings von den Hauptsorgetragenden häufig nicht zu bewältigen ist, finden sich mit dieser Unterhaltsregelung viele nach einer Scheidung in prekären Lebensverhältnissen wieder. Das Problem wird dadurch verschärft, dass Frauen nach wie vor deutlich weniger verdienen als Männer.

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) setzt sich bereits seit 2003 neben der Erhöhung der Geburtenrate zum Ziel, die Frauenerwerbsbeteiligung weiter zu steigern. Da-



mit wird explizit auf ein höheres Wirtschaftswachstum abgezielt (Rürup/Gruescu 2003: 49, 56). Entsprechend unterstützt die Familienpolitik die familiär Sorgearbeitenden primär dort, wo ansonsten die Erwerbstätigkeit von Müttern beeinträchtigt wäre. Die dafür zur Verfügung stehenden Maßnahmen kommen primär den ohnehin finanziell Bessergestellten, den sogenannten Leistungsträger\*innen, zugute. So erhielten 2012 die reichsten 10 Prozent der Haushalte 13 Prozent der staatlichen Familienleistungen, während lediglich 7 Prozent der familienpolitischen Ausgaben den ärmsten 10 Prozent der Haushalte zugutekamen (Stichnoth 2016: 18f).

Dies illustriert die Einführung des einkommensabhängigen Elterngelds im Jahr 2007. Während gut verdienende Eltern vom Staat bis zu 1.800 Euro Elterngeld pro Monat als Lohnersatzleistung, jeweils proportional zu ihrem bisherigen Einkommen, beziehen können, werden bei Empfänger\*innen von Arbeitslosengeld II, dem sogenannten Hartz IV, selbst die ihnen zustehenden 300 Euro mit dem Arbeitslosengeld verrechnet. Das entspricht faktisch einer Streichung. Es geht also beim Elterngeld explizit nicht um eine allgemeine finanzielle Unterstützung von familiärer Sorgearbeit. Hier werden vielmehr staatliche Mittel zugunsten ohnehin finanziell besser gestellter Menschen verwendet, um deren Lebensstandard abzusichern. Unterstützt werden mit dem Elterngeld primär hoch qualifizierte berufstätige Frauen, die motiviert werden sollen, die neue Generation von Arbeitskräften auf die Welt zu bringen und sie entsprechend den erhöhten Bildungsanforderungen zu erziehen.

Auch der schrittweise Ausbau der Kindertagesstätten ist primär für die Absicherung der Berufstätigkeit von Eltern gedacht.<sup>8</sup> Dabei

---

8 Das Bundesverfassungsgericht betont dies in seinen Ausführungen zum Urteil vom 21.7.2015 zum Betreuungsgeld: So habe, fasst die Juristin Anne Lenze die Position des Gerichts zusammen, »der massive Ausbau der Kinderbetreuung für unter Dreijährige durch das *Kinderförderungsgesetz* den Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtert, Unternehmen das Potenzial qualifizierter weiblicher Arbeitskräfte erschlossen und die Attraktivität Deutschlands als Wirtschaftsstandort in einer globalisierten Welt gestärkt.« (Lenze 2015: 1659, Herv. i. Orig.)

wird gegen den seit 2013 bestehenden Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für alle Kinder vom ersten bis zum dritten Lebensjahr verstoßen. 2019 gab es für 34,3 Prozent der Kinder unter drei Jahren eine Kindertagesbetreuung, allerdings hatten 49,4 Prozent der Eltern einen Betreuungsbedarf (BMFSFJ 2020: 3).

Entsprechend werden auch die sozioökonomischen Unterschiede in der Nutzung der Kitas nicht aufgebrochen. Nach wie vor entscheiden die elterliche Erwerbskonstellation, das Armutsrisiko der Haushalte, der Migrationshintergrund der Eltern und die Bildung der Mutter darüber, ob ein Kind unter drei Jahren die Kita besucht (Jessen et al. 2018: 825). So haben Kinder von zwei erwerbstätigen Eltern oder einem alleinerziehenden erwerbstätigen Elternteil deutlich häufiger einen Kitaplatz. Die Nutzungsquote lag 2015/16 bei gut 71 Prozent, im Vergleich zu etwas mehr als 22 Prozent, wenn beide Elternteile nicht erwerbstätig waren (ebd.: 831). Auch gingen Kinder aus einkommensarmen Haushalten seltener in eine Kita als Kinder aus nicht armutsgefährdeten Haushalten (ebd.: 832). Besonders unterrepräsentiert in Kitas sind Kinder, deren Eltern beide einen Migrationshintergrund haben (ebd.: 831). Das Kindeswohl bleibt damit als Politikziel zweitrangig. Es geht nicht darum, Kinder von Beginn an gleichermaßen zu fördern, sondern um die Unterstützung der elterlichen Berufstätigkeit.

Allerdings ist für die Sicherstellung einer frühkindlichen Förderung nicht nur der Umfang der Betreuung von Kindern unter drei Jahren entscheidend, sondern auch ein guter Fachkraft-Kind-Schlüssel. Dieser hat sich zu Beginn des Ausbaus der Kitas in allen Gruppenformen zwischen 2012 und 2015 verbessert, seither ist allerdings ein Stillstand eingetreten (Autorengruppe 2019: 28). Bei Kindern unter drei Jahren liegt dieser Betreuungsschlüssel bei 4,0 Kindern je Fachkraft, bei Kindern zwischen drei Jahren und dem Schuleintritt bei 8,5 (ebd.). Diese Schlüssel sind deutlich zu hoch, zumal die Aufgaben in den Kitas insbesondere aufgrund der wachsenden Bedeutung der frühkindlichen Bildung angestiegen sind. Ferner gibt es einen gestiegenen Kooperationsbedarf mit Grundschulen, dem Jugendamt und den Eltern. Notwendig ist auch deutlich mehr interkulturelle Kompetenz bei den Beschäftigten im Bereich der frühkindlichen Bildung, was regelmäßige

Weiterbildungen erfordert. Um diesen Anforderungen gerecht werden zu können, fordert die Bertelsmann Stiftung seit Jahren bei Kindern unter drei Jahren einen Betreuungsschlüssel von 3,0 Kindern pro Erzieher\*in und für die Gruppen von drei Jahren bis zum Schuleintritt von 7,5 Kindern pro Erzieher\*in.<sup>9</sup>

Ein solcher Schlüssel ließe sich flächendeckend, aber auch vor Ort, umsetzen, da Kindertagesstätten, anders als Krankenhäuser und Pflegeheime, von den Kommunen mit Zuschüssen der Länder und teilweise auch des Bundes finanziert werden. Auch befanden sich 32,8 Prozent der Kitas im Jahr 2019 direkt in öffentlicher Trägerschaft; 57,2 Prozent wurden in freigemeinnütziger Trägerschaft, 7,4 Prozent von Elterninitiativen und nur 2,6 Prozent von Privatunternehmen betrieben.<sup>10</sup>

Dass angemessene Betreuungsschlüssel nicht erreicht werden, hat nicht nur für Kinder Folgen, sondern auch Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen von Erzieher\*innen, deren Zahl sich zwischen 2006 und 2018 um 74 Prozent auf 724.100 Personen erhöht hat (ebd.: 21). Bei dieser Berufsgruppe nimmt die Arbeitsintensivierung aufgrund gestiegener Nachfrage, ausgeweiteter Öffnungszeiten und eines erweiterten inhaltlichen Angebots zu (Bräutigam et al. 2020: 27).

Nach einer Sonderauswertung des Instituts DGB-Index Gute Arbeit (2015) für den Beruf der Erzieher\*in identifizierten sich fast alle Erzieher\*innen (97 Prozent) in hohem oder sehr hohem Maß mit ihrer Arbeit; im Durchschnitt der anderen Berufe lag dieser Wert bei 86 Prozent. 96 Prozent der Erzieher\*innen sahen ihre Arbeit als einen wichtigen Beitrag für die Gesellschaft; bei den anderen Berufsgruppen war dies nur zu 67 Prozent der Fall. Zu ähnlichen Ergebnissen kommt das Institut für Demoskopie Allensbach (2018: 10). Danach stellten die Erzieher\*in-

---

9 <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/pid/zu-wenig-erzieherinnen-in-kitas>

10 [https://www.laendermonitor.de/de/vergleich-bundeslaender-daten/personal-und-einrichtungen/traeger/kitas-nach-traeger?tx\\_itaohyperion\\_pluginview%5Baction%5D=chart&tx\\_itaohyperion\\_pluginview%5Bcontroller%5D=PluginView&chash=ed117cbe6f47e7f97710f316c3b6e300](https://www.laendermonitor.de/de/vergleich-bundeslaender-daten/personal-und-einrichtungen/traeger/kitas-nach-traeger?tx_itaohyperion_pluginview%5Baction%5D=chart&tx_itaohyperion_pluginview%5Bcontroller%5D=PluginView&chash=ed117cbe6f47e7f97710f316c3b6e300) und eigene Berechnungen

nen in ihrer großen Mehrheit, nämlich zu 95 Prozent, fest, dass ihre Arbeit Spaß macht und erfüllend ist.

Beeinträchtigend für die Erzieher\*innen sind jedoch die hohen körperlichen und psychischen Belastungen. Drei Viertel der Erzieher\*innen arbeiteten nach der Umfrage des Instituts DGB-Index Gute Arbeit (2015) in ungünstiger Körperhaltung, 39 Prozent mussten schwer heben und 89 Prozent waren Lärm oder lauten Umgebungsgeräuschen ausgesetzt. Alle diese Werte liegen deutlich über dem Durchschnitt anderer Berufe. Entsprechend ging lediglich ein Drittel der Erzieher\*innen davon aus, unter den aktuellen Bedingungen bis zum Rentenalter weiterarbeiten zu können. In der Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach (2018: 10) wurden als Hauptprobleme genannt, dass die Anforderungen an den Beruf immer höher werden (89 %) und es zu wenig Zeit gibt, um sich gut um jedes Kind zu kümmern (83 %). Dies bestätigt auch ein Ergebnis eines Lehrforschungsprojekts rund um den Kita-Streik 2015, wonach sich Erzieher\*innen zur Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen primär deutlich kleinere Gruppen wünschen, um tatsächlich einzelne Kinder angemessen fördern zu können (Hosse et al. 2017).

Der Median des Bruttomonatsentgelts der Vollzeitbeschäftigten in der frühkindlichen Bildung lag 2017 bei 3.253 Euro und entsprach damit ziemlich genau dem Median aller Beschäftigten (3.209 Euro) (Autorengruppe 2019: 116). Aufgrund der hohen Belastung schätzten zwei Drittel aller Erzieher\*innen ihr Gehalt allerdings als nicht leistungsgerecht ein. Zudem leistete ein Drittel aller Erzieher\*innen sehr häufig oder oft unbezahlte Arbeit für seine Institution (Institut DGB-Index 2015).

Die genannten Probleme im Erzieher\*innenberuf treffen vor allem Frauen, da der Bereich der frühkindlichen Bildung zu den am stärksten weiblich dominierten Berufsfeldern in Deutschland zählt. Die Männerquote hat sich zwischen 2006 und 2018 von 3,1 auf gerade einmal 6,2 Prozent erhöht (Autorengruppe 2019: 35).

Es kann davon ausgegangen werden, dass der Kapazitätsausbau bei den Kitas für Kinder unter drei Jahren auch in Zukunft zunehmen wird, da das Familienministerium mit der Agenda 2030 (BMFSFJ 2019: 45) die Ganztagesbetreuung von Kindern von null bis zwei Jahren ausbauen

möchte, so dass auch Mütter von kleinen Kindern Vollzeit erwerbstätig sein können. Allerdings werden die Betreuungsschlüssel, eine angemessene Entlohnung der Erzieher\*innen sowie ein vom Erwerbsstatus der Eltern unabhängiger und gebührenfreier Kita-Zugang umkämpft bleiben. Denn das Ziel der Familienpolitik ist eine Erhöhung des Erwerbsarbeitsvolumens, ohne dass dabei allzu hohe Kosten entstehen. Familienpolitik bleibt also im Kern Wirtschaftspolitik.

### 2.3.2 Kostenreduktion in der Pflegepolitik

In Deutschland weist das Statistische Bundesamt (2020a: 9) in seiner Pflegestatistik für das Jahr 2019 ca. 4,1 Millionen Menschen als pflegebedürftig im Sinne des SGB XI aus; dies sind Personen mit einem anerkannten Pflegegrad. In den nächsten Jahren wird der Anteil Pflegebedürftiger an der Gesamtbevölkerung weiter deutlich zunehmen. 2019 waren 20 Prozent aller Pflegebedürftigen stationär in einem Heim untergebracht (ebd.). 80 Prozent wurden zu Hause versorgt, von diesen wiederum 70 Prozent in der Regel allein durch Angehörige, bei 30 Prozent wurden die Haushalte durch einen ambulanten Pflegedienst unterstützt.<sup>11</sup>

Bei der häuslichen Pflege durch Angehörige ist die Beteiligung von Frauen und Männern nach wie vor ungleich. Nach Angaben des Pflege-reports 2018 (Rothgang/Müller 2018: 113) sind zwei Drittel der Hauptpflegepersonen weiblich. Es wurden zwei wesentliche Gründe für die häusliche Pflege benannt. Erstens mochte mehr als die Hälfte der pflegebedürftigen Personen nicht von jemand anderem gepflegt werden; zweitens gab knapp die Hälfte der Hauptpflegepersonen die zu hohen Kosten für die ambulante oder stationäre Pflege an (ebd.: 123).

Auf diesen Beitrag von pflegenden Angehörigen setzt auch die 1995 eingeführte Pflegeversicherung, um Kosten zu sparen. Das in der Krankenversicherung geltende Prinzip der weitgehenden Kostenerstattung wird hier durchbrochen. Denn es handelt sich bei der Pflegeversicherung noch nicht einmal um eine Teilkaskoversicherung, sondern um ge-

---

11 Statistisches Bundesamt (2020a: 18) und eigene Berechnungen

deckelte Zuschüsse, die vom Pflegegrad und der Pflegeform abhängen und nicht darauf abzielen, die durch die Pflege entstehenden Kosten tatsächlich zu decken.

Obwohl in § 3 SGB XI<sup>12</sup> explizit der häuslichen Pflege Vorrang eingeräumt wird, ist die finanzielle Unterstützung der pflegenden Angehörigen noch deutlich geringer als diejenige von Familien mit Kindern. Der Grund lässt sich darin vermuten, dass im Gegensatz zu Kindern pflegebedürftige Personen nicht mehr als Arbeitskräfte benötigt werden und auch die pflegenden Angehörigen meist älter und deswegen für den Arbeitsmarkt eher entbehrlich sind als junge Eltern. So konnte für die Unterstützung von pflegenden Angehörigen bisher eine bezahlte Freistellung zur Pflege – vergleichbar mit dem Elterngeld – nicht durchgesetzt werden. Seit 2015 gibt es für lediglich zehn Arbeitstage Lohnersatzleistungen, um für einen pflegebedürftigen nahen Angehörigen in einer akut aufgetretenen Pflegesituation eine bedarfsgerechte Pflege zu organisieren oder eine pflegerische Versorgung in dieser Zeit sicherzustellen.

Die Konsequenzen aus dieser Politik der Kostensenkung tragen die pflegenden Angehörigen. Viele Hauptpflegepersonen im erwerbsfähigen Alter schränken ihre Erwerbstätigkeit ein oder geben sie ganz auf (Hielscher et al. 2017: 91f.). Sie erleiden finanzielle Einbußen und einige sind deswegen auf Hartz IV oder im Alter auf Grundsicherung angewiesen. Auch sind sie durch die Pflege stark belastet. So bekamen 38 Prozent der Hauptpflegepersonen nicht genug Schlaf, 30 Prozent fühlten sich in der Rolle als Pflegenden gefangen, für 20 Prozent war die Pflege häufig zu anstrengend, für 23 Prozent wirkte sich die Pflege negativ auf Freundschaftsverhältnisse aus und 19 Prozent hatten Zukunfts- und Existenzängste (Rothgang/Müller 2018: 16).

Mit Beginn der Corona-Pandemie im Frühjahr 2020 stiegen die Anforderungen an die pflegenden Angehörigen deutlich an. Nach

---

12 Dort heißt es: »Die Pflegeversicherung soll mit ihren Leistungen vorrangig die häusliche Pflege und die Pflegebereitschaft der Angehörigen und Nachbarn unterstützen, damit die Pflegebedürftigen möglichst lange in ihrer häuslichen Umgebung bleiben können.« (§ 3 SGB XI)

einer vom Zentrum für Qualität in der Pflege und der Berliner Charité durchgeführten Studie erlebten 40 Prozent der pflegenden Angehörigen Mehrbelastungen durch wegfallende Dienstleistungen und Hilfestrukturen im Wohnumfeld und 31 Prozent fühlten sich durch die aktuelle Pflegesituation überfordert (Eggert et al. 2020: 21). Obwohl auf ihren Schultern noch mehr als in normalen Zeiten große Teile des bundesdeutschen Pflegesystems ruhten, wurden sie viel zu wenig anerkannt, gewürdigt und mit angemessenen Maßnahmen unterstützt.

Zur Unterstützung der häuslichen Pflege engagieren 30 Prozent der Haushalte, in denen gepflegt wird, einen ambulanten Pflegedienst. Diese ambulanten Leistungen werden allerdings von der Pflegeversicherung nur bis zu einer bestimmten Kostenobergrenze erstattet, die vom jeweiligen Pflegegrad abhängt.

In gut verdienenden Familien kommen auch sozial nicht abgesicherte sogenannte 24-Stunden-Kräfte, in der Regel Migrant\*innen, zum Einsatz. Diese Betreuungspersonen werden deutlich unter dem Mindestlohn beschäftigt und es wird häufig gegen die Schutzbestimmungen des Arbeitszeitgesetzes verstoßen (Emunds 2016: 51ff.). Auch gibt es kaum eine abgegrenzte Freizeit, vielmehr wird eine mehr oder minder permanente Arbeitsbereitschaft erwartet. Nach Schätzung einer Studie von Volker Hielscher et al. (2017: 95) war 2014 in ca. acht Prozent der Pflegehaushalte in Deutschland eine mit im Haus lebende, meist aus Osteuropa stammende Haushaltsarbeiter\*in beschäftigt. Diese Personen übernahmen täglich im Durchschnitt rund zehn Stunden lang Pflege- und Betreuungsaufgaben (ebd.); damit stehen sie unter einer extremen Arbeitsbelastung. Die Studie verweist darauf, dass selbst bei einer arbeitsrechtlich möglichen 48-Stunden-Arbeitswoche mindestens drei Kräfte im Haushalt nötig wären, um eine tägliche 24-Stunden-Betreuung sicherzustellen (ebd.: 97).

Bezüglich der migrantischen Dienstleister\*innen etabliert sich eine rassistische Arbeitsteilung im globalen Zusammenhang. Die Betreuung ihrer Kinder wird an meist weibliche Familienangehörige in ihren Heimatländern weitergegeben, wie es Arlie Russell Hochschild (2001) mit dem Verweis auf globale Betreuungsketten beschreibt. Gleichzeitig er-

öffnet diese Arbeit für manche Migrant\*innen die Möglichkeit, ihre Lebensbedingungen und die ihrer Familien zu verbessern, allerdings im Kontext eines transnationalen Lohngefälles (Lutz 2018: 582f.).

Pflegebedürftige, die nicht zu Hause bleiben können oder wollen und deswegen stationär versorgt werden, trifft bei der Unterbringung in einem Pflegeheim eine hohe und steigende Eigenbeteiligung, die im Juli 2020 nach Berechnungen des Verbands der Ersatzkassen bei durchschnittlich 2.015 Euro im Monat lag.<sup>13</sup> So ist es nicht verwunderlich, dass 2017 28 Prozent der stationär gepflegten Menschen Hilfe zur Pflege nach SGB XII erhielten (BMG 2019: 59). Das bedeutet gleichzeitig, dass für diesen Personenkreis vom Sozialamt nur ein persönlicher Barbetrag als sogenanntes Taschengeld von mindestens 116,64 Euro gewährt wird. Das reicht noch nicht einmal für Geschenke an die Enkelkinder und einen Café- oder Frisör-Besuch außerhalb des Seniorenheims.

Zusätzlich zum Kostenproblem leiden die ambulant oder stationär versorgten Pflegebedürftigen unter dem Fachkräftemangel in der Altenpflege, der nach wie vor sehr hoch ist (BfA 2020: 16f.). 2019 waren 601.000 Altenpfleger\*innen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. 52 Prozent waren als examinierte Fachkraft tätig, 48 Prozent als Altenpflegehelfer\*in. Letztere Gruppe ist in den letzten Jahren auch im Verhältnis zur Gruppe der Fachkräfte angewachsen (ebd.: 6f.), da damit Kosten eingespart werden können und es bei den Altenpflegehelfer\*innen keinen Arbeitskräftemangel gibt. Im Jahr 2019 waren 83 Prozent dieser Beschäftigten Frauen. Die Teilzeitquote lag für Altenpflegekräfte bei 56 Prozent. Auffallend ist, dass auch 36 Prozent der Männer Teilzeitbeschäftigungen ausübten. Zudem ging die Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in den letzten Jahren überwiegend auf die Zunahme von Teilzeitarbeit zurück (ebd.: 8). Als Ursache für diese Erhöhung führt Michael Simon (2012: 14) treffend zwei Veränderungstendenzen an:

»Zum einen haben Einrichtungen in den letzten Jahren zunehmend mehr Vollzeitstellen in Teilzeitstellen umgewandelt, um mehr Flexibi-

---

13 [https://www.vdek.com/presse/daten/f\\_pflegeversicherung.html](https://www.vdek.com/presse/daten/f_pflegeversicherung.html)



lität in der Personaleinsatzplanung zu erreichen. Zum anderen führt die auf Grund chronischer Unterbesetzung steigende Arbeitsbelastung dazu, dass zunehmend mehr Pflegekräfte aus gesundheitlichen Gründen ihre Arbeitszeit reduzieren«.

Obwohl Fachkräfte in der Altenpflege dringend gesucht werden, war das mittlere Bruttoentgelt vollzeitbeschäftigter Altenpflegefachkräfte 2018 mit 2.879 Euro um 5,7 Prozent geringer als das mittlere Bruttoentgelt für alle Fachkräfte in der Gesamtwirtschaft, das bei 3.052 Euro lag. Das mittlere Bruttoentgelt der Altenpflegehelfer\*innen lag mit 2.041 Euro im Monat mit 9,7 Prozent noch deutlicher unter dem mittleren Bruttoentgelt aller Helfer\*innen, das bei 2.259 Euro lag.<sup>14</sup>

Dieses niedrige Lohnniveau trägt zum Fachkräftemangel im Bereich der Altenpflege bei. Anstatt die Gehälter jedoch zügig und deutlich anzuheben, beispielsweise auf die Höhe der Gehälter der Krankenpflegefachkräfte bzw. Krankenpflegehelfer\*innen, die eine ähnliche Ausbildung durchlaufen wie die Altenpflegekräfte bzw. Altenpflegehelfer\*innen, wird zur Abmilderung des Fachkräftemangels auf die Anwerbung von Arbeitskräften im Ausland gesetzt. Lag der Anteil der beschäftigten Ausländer\*innen in dieser Branche 2014 noch bei knapp 8 Prozent, so war er bis 2019 auf knapp 14 Prozent angestiegen (BfA 2020: 9).

Aber selbst dies kann den Personalmangel in der ambulanten und der stationären Altenpflege nicht ausgleichen. Dazu kommt, dass eine Fachkraft zu viele Pflegebedürftige zu betreuen hat und dass die für die Verrichtung einzelner Tätigkeiten festgesetzte Zeitspanne zu gering angesetzt ist. So sind Pflegekräfte häufig nicht in der Lage, mit den Bewohner\*innen im Pflegeheim oder bei den ambulanten Besuchen zuhause auch nur ein kurzes Gespräch zu führen. 69 Prozent der Altenpfleger\*innen gaben an, dass sie sich gehetzt fühlen oder unter Zeitdruck stehen (Institut DGB-Index 2018: 7). 42 Prozent mussten deswegen Abstriche bei der Qualität der Pflege machen (ebd.: 16). So leiden unter der zu geringen Personalausstattung sowohl die Pflegenden als auch die Betreuten.

---

14 BfA (2020: 7) und eigene Berechnungen